

# BERICHTE

## Von U Nu zu Ne Win

\*\*\*, BIRMA

Die Wintermonate sind in Birma eine Zeit der Feste und der Freude, denn nach „Thadinggyut“, dem Lichterfest, mit dem der buddhistische „Lent“ (die Fastenzeit) endet, dürfen die jungen Leute endlich wieder heiraten. Und Hochzeiten werden auch im sozialistischen Birma noch mit großem Aufwand gefeiert.

Aber der Winter ist auch die Zeit der nationalen Feiertage: „National Day“ am 4. Dezember, Unabhängigkeitstag am 4. Januar und „Union Day“ am 12. Februar. Vom 6. bis 13. Dezember kamen diesmal noch die „South East Asian Peninsular Games“, kurz SEAP-Spiele genannt, als erfolgreiche Demonstration der birmanischen Organisations- und Leistungsfähigkeit hinzu. Die nationalen Feiertage werden als reine Feste ohne aktuell-politische Bedeutung gefeiert; lediglich der „Union Day“ mit der jedes Jahr nötigen Beschwörung der nationalen Einheit macht eine gewisse Ausnahme. Richtungweisende Reden werden daher nicht hier, sondern etwa bei der Konferenz der Offiziere oder dem Parteiseminar der „Burma Socialist Programme Party“ gehalten, die kurz hintereinander im vergangenen November stattfanden.

Bei der Eröffnungssitzung des Vierten Parteiseminars stellte General Ne Win zunächst Wahlen in Aussicht, ohne sich allerdings bereits auf einen Termin festzulegen<sup>1</sup>. Damit solle die durch einen Staatsstreich entstandene „Revolutionsregierung“ auf eine demokratische Basis gestellt werden. Vermutlich wirken hier die Empfehlungen nach, die der aus 33 ehemaligen Politikern gebildete „Internal Unity Advisory Body“ am 2. Juni 1969 vorgelegt hatte. Wiewohl man sich in den Beratungen damals nicht auf ein gemeinsames Schlußkommuniqué hatte einigen können, erschien in jedem der vier getrennt niedergelegten Vorschläge der Wunsch nach einer demokratischen Basis für die Regierung<sup>2</sup>. „Wahlen“ wird in Birma bedeuten, daß die einzelnen Abgeordneten gewählt werden können, soweit sie der Lanzin(Burmese Way to Socialism)-Partei, weiterhin der einzigen zugelassenen Partei, angehören. Es ist nicht anzunehmen, daß auf dem ersten Parteikongreß, der Ende dieses Jahres stattfinden soll, schon über diese Fragen gesprochen wird. Auf der Tagesordnung dürfte vielmehr als erster und wesentlichster Beratungspunkt die Annahme der neuen Parteisatzung stehen, deren Entwurf dem Parteiseminar vorgelegt sowie anschließend in unzähligen Parteiversammlungen im ganzen Land diskutiert wurde.

<sup>1</sup> Gehalten am 6. November 1969. Veröffentlicht in: „Guardian“ und „The Working People's Daily“, jeweils 7. und 8. November 1969; „Forward“ 8. Jahrgang (Heft 8, 1. Dezember 1969), S. 6–15; außerdem als Sonderdruck „Address delivered by General Ne Win ... at the opening session of the Fourth Party Seminar“. Rangun: Central Press 1969.

<sup>2</sup> Veröffentlicht in: „Guardian“ und „The Working People's Daily“, 3.–8. Juni 1969.

Dieser Entwurf zeigt gegenüber der noch gültigen, 1962 vom Revolutionsrat verabschiedeten Satzung kaum wesentliche Veränderungen. Im allgemeinen greift er auf „Burmese Way to Socialism“ und „The Correlation of Man and His Environment“ zurück, zwei Schriften aus der Gründungszeit der Partei (1962), die das noch heute gültige Programm enthalten. Einschneidend ist lediglich die geplante Umwandlung in eine „Volkspartei“, denn bisher stand die BSPP nur einem relativ kleinen Kreis ausgewählter Leute offen, die dann zu einem „Kader“ geformt wurden<sup>3</sup>. Inwieweit sich diese Änderung auf die Satzung auswirkte, läßt sich nicht beurteilen, da sie im wesentlichen aus Kommentaren erschlossen werden mußte<sup>4</sup>.

Ähnliches gilt auch für die Staatsverfassung, die wohl im Laufe dieses oder des nächsten Jahres entworfen wird. Den veröffentlichten Berichten zufolge darf man einen Einparteiensstaat erwarten; weiter eine Fortführung der bisher gehandhabten strengen Trennung von Politik und Religion; eine nicht genauer definierte Beteiligung des Volkes am politischen Geschehen; und endlich eine stärkere Zentralisierung der Verwaltung, die den Minderheitenstaaten in der Union nur noch die Pflege der jeweiligen Kultur beläßt. Die übrigen Schlagworte – vor allem „socialist democracy“, „democratic centralism“ und „collective leadership“ – sind in ihrem Gehalt nicht ganz klar; ihre Untersuchung würde in diesem Rahmen zu weit führen.

In Anbetracht der etwas schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes kommt der Schlußrede von General Ne Win gesteigerte Bedeutung zu<sup>5</sup>. Zwar konnte er kein Rezept für eine Intensivierung des Außenhandels bieten, doch brachte er neue Aspekte für die Verteilung der Güter innerhalb des Landes. Diese erfolgt zur Zeit mit Hilfe von „Agricultural and Multipurpose Co-operatives“ in den Dörfern und von „People's Shops“ in den größeren Städten. Dieses System hat sich als wenig erfolgreich erwiesen, da die Knappheit an Gütern (die daher oft durch Los verteilt werden) Unterschlagung und Schwarzmarkt begünstigen. Daneben werden die Waren nach dem sozialistischen Prinzip „Alles für alle“ gleichmäßig und ohne wesentliche Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs über das Land verteilt. Dadurch entsteht in einigen Gebieten Knappheit, während anderswo dieselben Waren durch zu lange oder unsachgemäße Lagerung verderben. Schuld an dieser Situation ist nicht zuletzt auch die Tatsache, daß die Geschäftsführer der einzelnen Läden einen nicht allzu hohen Lohn ohne Umsatzbeteiligung erhalten. Darüberhinaus fehlt ihnen – abgesehen von entsprechender Geschäftserfahrung – das von der Regierung erwartete sozialistische Ethos, das sie sowohl auf schwarze Gewinne verzichten wie auch die für die Gemeinschaft verwalteten Güter als Teil des ihnen ebenso zugehörigen Volksbesitzes erkennen läßt.

Dieses Dilemma, das vor allem in den Städten spürbar ist, soll nun durch ein System von Genossenschaften beseitigt werden. Die Errichtung dieser Genossenschaften durch finanzielle Beteiligung der Nutznießer hat sicherlich gegenüber dem derzeitigen Zustand der Unterhaltung der Läden durch die Regierung den Vorteil, daß

<sup>3</sup> Auf dem Parteitag wurde bekanntgegeben, daß die BSPP Anfang November 257 463 Mitgliedschaftsanwärter zählte („candidate members“; Leute, die sich vor der endgültigen Aufnahme in einer zweijährigen Probezeit bewähren müssen); außerdem liegen 728 056 weitere Anträge vor, über die noch nicht entschieden ist (diese Leute werden als „sympathizer“ geführt).

<sup>4</sup> Veröffentlicht in: „Guardian“ und „The Working People's Daily“, 16. und 17. November 1969.

<sup>5</sup> Ebda. 12. und 13. November 1969.

jedermann an einer rationellen Arbeit interessiert ist, da es sich ja schließlich auch um sein Eigentum handelt. Als Führer der einzelnen Genossenschaften werden Parteiangehörige oder ausgediente Soldaten ausgebildet und den örtlichen Mitgliedern dann dringend zur Wahl empfohlen. Mit Produktionsgenossenschaften hat man schon einige gute Erfolge in dieser Richtung erzielt. Ob das System als solches die gewünschten Wirkungen zeitigt, wird wohl erst die Erfahrung in einigen Jahren lehren. Die Pläne sollen jedenfalls von diesem Jahr an in verstärktem Maße verwirklicht werden.

Besonders interessant ist dabei der Gedanke der Kreditgenossenschaften, mit deren Hilfe den privaten Geldverleihern, die zuweilen bis zu einhundert Prozent Zinsen pro Jahr verlangen, das Handwerk gelegt werden soll. Wesentlich wirksamer wäre jedoch vermutlich ein Wucherparagraph, den es in der birmanischen Gesetzgebung bis dato nicht gibt, und die Übertragung des Geldverleihs auf die „Union-Bank“, die staatliche Einheitsbank, wie es bei Agrarkrediten bereits recht erfolgreich gehandhabt wird. Darüber hinaus muß in jedem Fall das Sparbewußtsein der Bevölkerung entwickelt werden.

In der aktuellen Politik stehen diese wirtschaftlichen Pläne allerdings weitgehend im Hintergrund gegenüber der Bedrohung, die die von Rotchina unterstützten Kommunisten bedeuten. Zwar konnte man im Delta im November erneut einige Erfolge verbuchen, und in Pegu Yoma begingen erstmals nach zwanzig Jahren die Bewohner einiger Dörfer den Unabhängigkeitstag. Dennoch sind die Kommunisten, die seit 1948 in diesen Gebieten kämpfen und sie teilweise auch beherrschten, selbst hier noch lange nicht ausgelöscht. Die eigentliche Gefahr geht momentan jedoch vom chinesischen Grenzgebiet aus, wo die birmanische Armee gegen zahlenmäßig stark überlegene kommunistische und rotchinesische Verbände kämpft. Ne Win gab in der Eröffnungsrede zu, daß zwischen dem 1. Januar und Ende August acht größere und zehn mittlere oder kleinere Zusammenstöße in den nördlichen und östlichen Shan-Staaten stattgefunden haben. Neuere Zahlen aus diesem Gebiet liegen nicht vor, doch deuten die von Zeit zu Zeit durchsickernden Nachrichten eher auf eine Verschlechterung als auf eine Besserung der Gesamtsituation hin.

Wie seit Jahren ist daher die Insurgentenbekämpfung eines der vordringlichsten Probleme der Regierung. Da die vor wenigen Jahren erstmals gebildete „People's Militia“ nicht zuletzt wegen der meist unzureichenden Bewaffnung (Pfeil und Bogen, Speere u. ä., selten Schießwaffen) nur in einigen Gebieten den gewünschten Erfolg brachte, soll nun der schon 1968 ausgerufene Volkskrieg („people's war“) stärker in Gang gebracht werden. „Der erste Schritt wird sein, daß der ganzen Nation militärisches Training gegeben wird“, erklärte Brigadier San Yu zu Beginn der Offizierskonferenz<sup>6</sup>. Es dürfte dabei vorläufig nur an Wehrübungen und nicht an eine allgemeine Wehrpflicht gedacht sein, denn für letztere fehlen die finanziellen Mittel. Zudem bestünde die Gefahr, daß die Wehrkraft durch Gegner des Regimes, die einberufen werden, zersetzt wird. So wird man weiterhin mit einer Berufsmarine arbeiten, die in ihren Aktionen von Fall zu Fall durch die örtlichen Verbände unterstützt wird.

Im gegenwärtigen Stadium wird die Bekämpfung der kommunistischen Rebellen mit Mitteln der Außenpolitik jedoch bereits wichtiger. General Ne Win widmete daher

<sup>6</sup> Ebda., 4. November 1969.

den Schluß seiner ersten Parteiseminarrede dem Verhältnis zu den Nachbarn, in Sonderheit zu China. Man wolle, so bekundete er, mit allen in Frieden leben und habe weder die Absicht noch die Stärke, Revanche zu nehmen oder gar einen Krieg zu beginnen. Der Tenor dieser Passage war ganz darauf abgestimmt, Peking von den Freundschaftsgefühlen der Ranguner Regierung zu überzeugen und es damit zum Rückzug seiner inoffiziellen Truppen zu bewegen. Das Freundschaftsangebot war vor allem nötig, weil die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seit Sommer 1967 gespannt sind. Ne Win bezeichnete die damaligen antichinesischen Unruhen heute als einen „unglücklichen Vorfall“, den man „vergeben und vergessen“ wolle. Dementsprechend wohnte das Revolutionsratsmitglied Colonel Hla Han in seiner Eigenschaft als stellvertretender Außenminister (Colonel Maung Lwin war außer Landes) dem Botschaftsempfang anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens der Volksrepublik China bei, was seit damals nicht mehr geschehen war. Ob die endgültige Abberufung des chinesischen Botschafters Keng Piao, der schon seit zwei Jahren in Albanien akkreditiert war, Ende Juli 1969 als vorausgegangener, ein wenig provozierender Warnschuß der Chinesen oder als vorbereitender Schritt zur Normalisierung der Beziehungen aufzufassen ist, bleibt abzuwarten. Vorläufig scheinen die Chinesen noch wenig Absicht zu haben, den Birmanen allzu freundschaftlich entgegenzueilen.

Während man gegenüber Peking geradezu um Freundschaft und Frieden buhlt, trat der Revolutionsrat kürzlich in einer Protestnote an die thailändische Regierung forsch und selbstbewußt auf. Der Anlaß zu dieser Note war die Anwesenheit und Aktivität des ehemaligen Premierministers U Nu in Bangkok, der vor nicht allzu langer Zeit dazu aufgefordert hatte, Ne Win zu stürzen. Die daraus entstandenen Spannungen sind seither das beherrschende Thema aller innenpolitischen Gespräche und Gerüchte. Blicken wir deshalb zurück, und verfolgen wir die Entwicklung vom Anfang an.

1962 hat bekanntlich das birmanische Militär unter General Ne Win mit einem Staatsstreich die Regierungsgewalt übernommen. U Nu wurde zusammen mit einer Reihe anderer Politiker in Gewahrsam genommen, wo er allerdings meist ein recht gutes Leben führen und sogar von Zeit zu Zeit von Freunden besucht werden konnte. 1967 wurde er aus der Haft entlassen und im November 1968 in den damals gebildeten „Internal Unity Advisory Body“ berufen. Am 5. Februar 1969 wurde Ne Win ein von U Nu verfaßtes Memorandum übergeben, das zusammen mit den übrigen Vorschlägen im Juni in den Zeitungen veröffentlicht wurde. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich U Nu, dem — nach einer längeren Birmatour als buddhistischer Prediger — am 11. April überraschend die Ausreise erlaubt worden war, bereits in Indien auf. Wie es hieß, um sich dort in ärztliche Behandlung zu begeben. Laut einem Interview mit „United News of India“ beabsichtigte er in Bombay das gelbe Mönchsgewand anzulegen und für die Wiedererweckung des Buddhismus in Indien zu arbeiten. „Jetzt ist Religion die wichtigste Sache für mich“, sagte er<sup>7</sup>. In dieser Richtung äußerte er sich auch noch in Kalkutta vor seinem Abflug nach Bangkok am 6. August.

Sehr schnell wurde dann klar, daß er dort nicht nur einen privaten Besuch machte, denn wenig später erschienen Interviews, in denen er die Regierung Ne Win scharf angriff. Von Bangkok aus flog er — was in seinem Paß ursprünglich nicht vorgesehen

<sup>7</sup> „The Working People's Daily“, 6. Juni 1969. — Nach ap-Meldung aus New Delhi vom 4. Juni.

war — nach London, wo er am 29. August der Presse eine Erklärung verlesen ließ. Darin warf er dem jetzigen Staatsführer Ne Win unter anderem vor, eine „Unterdrückungsherrschaft“ geführt zu haben, die durch ihre Nationalisierungspolitik „bittere Armut und Hunger unter den Massen“ erzeugt habe. „Wegen der ungesunden Wirtschaftspolitik ist die allgemeine Produktion bis zu einem alarmierenden Punkt gefallen.“ Ne Win habe seinen im erwähnten Memorandum gemachten „Vorschlag für die Bildung einer Nationalregierung und die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie“, was zugleich den „Status von General Ne Win legalisieren und ihn zum konstitutionellen Staatsoberhaupt“ hätte machen sollen, abgelehnt. U Nu sehe sich daher als „gewählter Führer von Birma“, wie er sagte, gezwungen, „sich an das Volk zu wenden, sich seinem (d. h. Ne Wins) Regime des Hasses und der Unterdrückung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu widersetzen“. Die Vorrede präziserte dies dahingehend, daß das Volk „auf keinen Fall unbesonnen handeln“, d. h. der Regierung keinen bewaffneten Widerstand entgegenbringen solle<sup>8</sup>.

Was U Nu zu dieser Erklärung veranlaßte, ist schwer zu sagen. Es ist möglich, daß die Pilgerreise nach Indien nur ein Vorwand war, um aus Birma herauszukommen. Die guten Beziehungen zwischen Indira Gandhi und Ne Win verboten es dabei, die Erklärung schon dort zu veröffentlichen. Es ist jedoch auch denkbar, daß der Umschwung erst in Bangkok stattfand, und zwar unter dem Eindruck der blühenden thailändischen Wirtschaft. (Der Unterschied zwischen Bangkok und Rangun dürfte auf ausreisende Birmanen recht kraß wirken.) Eine entscheidende Rolle hat sicherlich U Law Yone gespielt, früher Herausgeber von „Nation“, die bis zu ihrem Verbot 1964 die beste englischsprachige Zeitung in Birma war. Vielleicht hat U Law Yone, dessen (ehemalige?) Zugehörigkeit zum amerikanischen CIA in der birmanischen Propaganda weidlich ausgenützt wird, U Nu die Möglichkeit einer amerikanischen Hilfe in Aussicht gestellt.

Wie dem auch sei, U Nu begann seinen Propagandafeldzug in London. Unterstützt wurde er von U Law Yone, von Ex-Brigadier Thomas Clift (einst Vizekommandeur der Luftwaffe), Bohmu Yannaing (ein alter Freiheitskämpfer und Schwiegersohn des Vorkriegs- und Kriegspremier Dr. Ba Maw), Soe Mying (a) U Moe Kyaw (einem Karen-Führer) und anderen. Am 11. September gab er eine Pressekonferenz in New York und betonte in einem Fernsehinterview am gleichen Tag, daß er auch von Moskau oder Rotchina Hilfe annehmen würde, soweit sie bedingungslos gewährt würde. Die weiteren Stationen seiner Reise, in deren Verlauf er insgesamt 1,46 Mill. US-Dollar für seine Sache sammeln konnte, waren Tokio, Hongkong und Phnom Penh. Vor einem Sprung nach Peking wurde ihm von Thailand Ende Oktober politisches Asyl gewährt. In der Nacht vom 3. zum 4. November traf er in Bangkok ein, wo er seitdem bei Clift wohnt.

Die Gewährung des Asyls war in Bangkok umstritten, da vorauszusehen war, daß U Nu die ihm auferlegte Bedingung, sich politischer Aktivitäten zu enthalten, kaum einhalten und dies dann die Beziehungen zu Birma belasten würde. So darf man annehmen, daß das Asyl auf Drängen der Amerikaner hin gegeben wurde, die wohl

<sup>8</sup> Im vollen Wortlaut veröffentlicht in: „Guardian“ und „The Working People's Daily“, 3. September 1969; ferner Ausschnitte in: „Far Eastern Economic Review“ 66. Jg. (4. September 1969), S. 605.

fürchteten, daß er tatsächlich nach Peking gehen und dann dort als Aushängeschild zur Eroberung des Landes benützt würde<sup>9</sup>.

Natürlich begnügte sich U Nu tatsächlich nicht mit Pagodenbesuchen. Das gesammelte Geld wurde zur Anlage eines Trainingscamps benützt, auf dem die Studenten und Freiwilligen ausgebildet werden, die seither – zum Teil im Gefolge der Studentenunruhen im Dezember – nach Thailand geflohen sind. Mitte Dezember wurden vom birmanischen Geheimdienst bei einem U-Nu-Anhänger die Kopie einer zum Umsturz auffordernden Erklärung U Nus sowie zwei Fotografien gefunden, die ihn zusammen mit einigen Exilbirmanen zeigen. Beides wurde am 20. Dezember in den Zeitungen veröffentlicht (womit U Nus Wunsch nach Verbreitung der Erklärung voll und ganz erfüllt wurde). Sofort setzten in den staatlichen Betrieben spontane Anti-U-Nu-Aktionen ein, in den Städten erschienen über Nacht gegen U Nu gerichtete Plakate, und Arbeiter machten aus Protest Überstunden.

Diese plötzliche und natürlich gesteuerte Aktivität zeigt, daß die Regierung nunmehr gesonnen ist, U Nu ernster zu nehmen, als sie es bisher tat. Sogar in den englischsprachigen Zeitungen erschienen danach Karikaturen und eine Vielzahl von gegen U Nu gerichteten Kommentaren. „Der U Nu von heute ist nicht länger der alte U Nu, sondern ein Strohmann und Instrument der SEATO, die für die Vergießung asiatischen Blutes verantwortlich ist“, schrieb die birmanische „New Light of Burma“, in der es schon am 20. Dezember über Thailand geheißen hatte: „Ein Freund, der gefährlicher ist als ein Feind“. So wurde denn dem thailändischen Botschafter am Morgen des 22. Dezember ein Aide-Memoire übergeben, in dem seine Regierung offiziell von der „subversiven Tätigkeit“ U Nus in Kenntnis gesetzt wurde. Die Antwort steht noch aus, doch ist kaum anzunehmen, daß Thailand U Nu vorläufig ausweist, denn ein etwaiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen, der wohl eine Einstellung des Luftverkehrs nach sich ziehen würde, träfe den gerade schüchtern aufblühenden Fremdenverkehr Birmas wesentlich empfindlicher als die thailändische Wirtschaft.

U Nu hat bis jetzt immer bewaffneten Widerstand ausgeschlossen. Dennoch kam es während der SEAP-Spiele zu Studentendemonstrationen, deren Ausgangspunkt das ausverkaufte Boxfinale war. Die Regierung schloß daraufhin mit Wirkung vom 10. Dezember sämtliche Universitäten und Schulen in Rangun. Da auch die Studenten anderer Orte (vor allem in Mandalay und Bassein) in den folgenden Tagen demonstrierten, setzten am 17. für alle Schulen des Landes vorzeitig die Weihnachtsferien ein. Die Studenten waren dadurch in den meisten Fällen gezwungen, ihre Wohnheime und somit auch den Studienort zu verlassen, so daß die Gefahr weiterer Demonstrationen fürs erste gebannt war. Die Schulen wurden am 5. Januar, die Universitäten am 12. und 15. Januar wieder geöffnet. Seither herrscht weitgehend Ruhe in der Universität, denn die Studenten wollen zunächst ihre Halbjahrexamen ablegen, die am 2. Februar begannen.

<sup>9</sup> In diese Richtung weist auch die Behauptung der gewöhnlich sehr gut informierten „Far Eastern Economic Review“ (67. Jg., Heft 3, 15. Jan. 1970, S. 11), daß U Nu gar nicht um Asyl nachgesucht habe. Da der Unterstaatssekretär des Innern, Puang Suwannarat, am 28. Oktober vor Pressevertretern erklärte, U Nu habe beim thailändischen Außenministerium inoffiziell wegen Asyls angefragt, ist anzunehmen, daß das Asyl auf diese Anfrage hin und ohne offiziellen Antrag gegeben wurde.